

1 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

2 Der SPD Parteivorstand möge beschließen:

3 Die SPD Bundestagsfraktion möge beschließen:

4

5 **„Reformansätze für eine zukunftsorientierte Internationale**
6 **Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung“**

7

8 Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar: Die großen Herausforderungen unserer Zeit – von der
9 Klimakrise über globale Ungleichheit bis hin zu Fragen von menschlicher Sicherheit –
10 können wir nur gemeinsam lösen. Ein starker Multilateralismus ist unerlässlich.

11 Internationale Zusammenarbeit ist für uns keine Frage des Ob, sondern des Wie. Wir stehen
12 für eine regelbasierte Ordnung, in der alle Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen
13 und in der der Globale Südens angemessen repräsentiert ist. Nationale Alleingänge führen
14 in die Sackgasse. Wir setzen auf starke Partnerschaften und darauf, dass wir gemeinsam
15 eine gerechtere und friedlichere Welt gestalten können.

16

17 Wir fordern von der nächsten Bundesregierung und den Mitgliedern der SPD-
18 Bundestagsfraktion:

19

- **Die Sicherung einer regelbasierten internationalen Ordnung** muss vorderstes Ziel und Richtschnur der deutschen internationalen Zusammenarbeit sein. Nur in einer Ordnung des Rechts können wir in Deutschland unseren Wohlstand erhalten und in Sicherheit leben.

20

21

22

23

- **Demokratie im Inneren stärken:** Die Bundesrepublik kann nur mit der nötigen gesellschaftlichen Unterstützung eine starke und verlässliche internationale Partnerin sein. Sozialer Zusammenhalt sollte durch Abwehr anti-demokratischer und spaltender Einflussversuche von außen geschützt werden. In der Begründung der Notwendigkeit und Machbarkeit eines positiven globalen Wandels kann Deutschland die eigene historische Erfahrung mit tiefgreifenden Transformationsprozessen (insb. im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, aber bspw. auch in der Energiewende), in die innenpolitische sowie internationale Debatte einbringen.

24

25

26

27

28

29

30

31

- **Vorreiterrolle bei der politischen und finanziellen Unterstützung der Vereinten Nationen und des multilateralen Systems einnehmen:**

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

- **Für Reformen der multilateralen Institutionen eintreten:**

44

45

Für eine starke regelbasierte Ordnung braucht es eine faire Repräsentation der Staaten des globalen Südens in den internationalen Organisationen. Als Vermittlerin

46 des Zukunftspaktes der UN und Präsidentin der UN-Generalversammlung 2025/26
47 kann Deutschland hier eine entscheidende Rolle spielen. Die Reform der Weltbank,
48 von Deutschland mitinitiiert, zeigt, dass es geht. Die nächste Bundesregierung sollte
49 die europäische Koordinierung in der Weltbank stärken und sich für die Mobilisierung
50 zusätzlicher Gelder stark machen.

51

52 **Die Strukturen der deutschen Internationalen Zusammenarbeit müssen für eine neue**
53 **Realität zukunftsfest gestaltet werden.**

54 In einer zunehmend multipolaren Welt muss die deutsche Entwicklungspolitik als
55 strategisches Instrument zur Gestaltung internationaler Beziehungen gestärkt werden. Das
56 Portfolio der deutschen IZ ist kleinteilig, zu wenig wirksam und nicht strategisch genug.

57

- 58 ● **Veränderung des Beauftragungsprozesses der Durchführungsorganisationen:**
59 Bilaterale Projekte der Durchführungsorganisationen (DOs) sollten nicht kleinteilig
60 vergeben werden. Stattdessen sollten BMZ und AA einen gemeinsamen
61 „Globalauftrag“ and die Landesbüros der GIZ und KfW vergeben. Die Ziele dieses
62 Globalauftrages werden basierend auf einer Länderstrategie festgelegt. Hierzu muss
63 der bestehende Prozess der Entwicklung der Länderstrategie angepasst werden. Die
64 Länderstrategie muss Kernelement der bilateralen Regierungsverhandlungen werden.
65 1. Auswirkungen auf BMZ: Länderreferate steuern das Portfolio weniger kleinteilig
66 und haben dadurch mehr Zeit das Portfolio strategisch auszurichten.
67 2. Auswirkungen auf DOs: DOs verschlanken den Prozess der Projektbeauftragung
68 und -Berichterstattung. Gleichzeitig sind Mittel nicht mehr Projektgebunden, und
69 können damit flexibler und Kompetenzgeleiteter und an aktuelle Gegebenheiten
70 angepasst umgesetzt werden. Auftragsverantwortlich sind dadurch die
71 Landesdirektionen. Dadurch wird der Fokus der Landesdirektion auf Wirkung
72 gelegt und nicht auf kurzfristige Geschäftsoportunitäten.
73 3. Auswirkungen auf AA: Das AA nimmt eine stärkere Rolle in der Steuerung des
74 Landesportfolios der IZ ein.
- 75 ● **Zusammenarbeit mit und im Rahmen der EU:**
76 Referent*innen des BMZ und des AA sind dazu angehalten gemeinsame
77 Regierungsverhandlungen und integrierte Länderstrategien mit der EU Kommission
78 und den wichtigsten EU Mitgliedsstaaten in den jeweiligen Partnerländern
79 umzusetzen.
- 80 ● **Veränderung der Entwicklung der Landesstrategien und der Steuerung des**
81 **Sektorportfolios**
82 Die Ressorts außerhalb des BMZ und AA sowie die Sektorreferate des BMZ müssen
83 besser in den Prozess der Entwicklung der Länderstrategien einbezogen werden. Es
84 ist Aufgabe der Sektorreferate andere Ressorts auf Einzelfallbasis einzubeziehen. Das
85 BMZ muss seine Sektorreferate mit fachlich spezialisiertem Personal besetzen. Die
86 Logik der Sektorreferate ist zur Zeit nicht stringent umgesetzt, da diesen Referaten die
87 Fachlichkeit fehlt. Zusätzlich muss es Kernaufgabe dieser Sektorreferate sein sich
88 besser mit ihren jeweiligen „Spiegelressorts“ abzustimmen. Sektorale Ressort-
89 übergreifende Strategien der Bundesregierung müssen mehr in den Wert gesetzt
90 werden. Sektor-spezifische Projekte, welche zusätzlich zu den „Globalaufträgen“ auf

91 Länderbasis in Auftrag gegeben werden, sollten in Abstimmung mit den
92 „Spiegelressorts“ umgesetzt werden.

- 93 ● **Wirtschaftskooperation neu und strategischer ausrichten:** Statt Partnerschaften
94 mit deutschen/europäischen Unternehmen für Einzelprojekte zu schließen, sollte ein
95 umfassender Ansatz zur Schaffung von Märkten verfolgt werden - gute Beispiele sind
96 die Umsetzung des Lieferkettengesetzes, die Integration des digitalen Marktes oder
97 die Förderung gerechten Rohstoffmanagements. Die deutsche IZ muss hierbei enger
98 mit dem Bundeswirtschaftsministerium zusammenarbeiten. Die deutsche IZ sollte sich
99 in ihrer Gesamtheit auf den **Schutz globaler öffentlicher Güter und das**
100 **Management von grenzüberschreitenden negativen Externalitäten fokussieren.**
101